

Stellenangebote
Neue Positionen - neue Aufgaben
Seite 20 und 23-28

DIE ZEIT

Für Ihre Reise:
Angebote - Informationen
Seite 39-42

Nr. 34 17. August 1979
34. Jahrgang. Preis 2,50 DM

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

C 7451 C Zeitverlag Gerd Bucorius KG
Postfach 10 68 20, 2000 Hamburg 1

Israels Mißtrauen gegen Bonn

Die außenpolitische Staatsräson der Deutschen und ihre Ölinteressen / Von Kurt Becker

Eine Abkühlung der Beziehungen zwischen den Regierungen in Bonn und Jerusalem läßt sich nicht mehr bestreiten. Würde man sie leugnen, nähme man ja all die verbitterten Äußerungen führender Israelis, in denen die Bundesregierung einer zunehmend pro-arabischen Politik zu Lasten Israels, wenn nicht sogar einer feindseligen Haltung bezichtigt wird, nicht ernst genug. Hinter allem steht schließlich der Argwohn in Jerusalem, Bonn könnte aus Sorge um die Fortdauer ungeschmälerter Ölimporte vollends der Versuchung erliegen, Israel kaltschnäuzig den Rückhalt für seine Sicherheitspolitik zu entziehen, sich bei arabischen Regierungen anzubiedern und den Palästinenserführer Jassir Arafat als Partner des Westens akzeptabel erscheinen zu lassen. Die im Juni von den neun westeuropäischen Außenministern verkündete Kritik an Israels „völkerrechtlich illegaler Siedlungspolitik“ im Westjordanland wirkt nach; ebenso die Erregung über Willy Brandts und Bruno Kreiskys Begegnung im Juli mit Arafat in Wien.

zierungsversuch zu überwinden. Mangels eigener politischer und militärischer Macht können die Europäer allenfalls hemmende oder fördernde Einflüsse ausüben. Jedenfalls jeder Vergleich mit dem Engagement der Vereinigten Staaten absurd. Das Kernproblem besteht heute darin, wie Carter als Protektor der israelisch-ägyptischen Annäherung dem ersten Schritt des Friedensschlusses weitere Operationen folgen lassen kann. Die Hoffnung auf eine Assistenz der Saudis ist zerstoßen, sie sind aus der arabischen Verweigerungsfront nicht herauszubringen. Jeder zweite Schritt, der dem Zweier-Frieden folgen müßte, scheitert daran, daß Begin im besetzten Westjordanien den israelischen Besitzanspruch verweigern will: durch neue jüdische Siedlungen und durch die Herausforderung der geplanten Autonomie für Palästinenser zu einer Landkreisverwaltung unter dem Dach einer israelischen politischen wie militärischen Souveränität.

Gegenüber seinem großen Schutzpatron, den Vereinigten Staaten, hat Israel noch ganz andere Saiten aufgezogen, seit Präsident Jimmy Carter versucht, den nahöstlichen Friedensprozeß aus seiner Erstarrung zu lösen und dabei auch die Möglichkeiten einer Einbeziehung der Palästinenser zu überdenken. Darum ist es nicht auszusprechen, daß die Entrüstung über die Bonner Politik auch als Laurverstärkung der israelischen Furcht vor einem Kurswechsel Amerikas dienen sollte, als diplomatische Waffe, um Stimmungen zu mobilisieren. Denn Washington ist druckempfindlich, wegen eines schwachen Präsidenten und einer großen, einflussreichen jüdischen Minderheit; Bonn ist es wegen des besonderen Verhältnisses zum israelischen Staat. Ihm gegenüber besitzt die Bundesrepublik eine sittliche Verpflichtung, Hitlers Verbrechen haben sie ihr auferlegt. Daran kann keine Bundesregierung jemals rütteln wollen.

In dieser Lage riskieren die Amerikaner und fürchten die Europäer die Blockade aller Friedensfortschritte mit unabsehbaren Folgen — bis hin zu neuer Kriegsgefahr. Israels Haltung gilt als zerstörerisch, weil es auf eigene Faust territoriale Machtansprüche behaupten will, und Washington besitzt, da es Rigorosität gegenüber Israel scheut, keine ausreichende Hebelkraft, um Begin zum Verzicht auf ein Groß-Israel zu bewegen. Ob es Carter gelingt, Arafat für eine ausdrückliche Anerkennung des Lebensrechts Israels und seiner gesicherten Grenzen zu gewinnen, wenn es sich im Gegenzug bereit erklärt, die PLO als Verhandlungspartner Amerikas zu respektieren, ist überaus fraglich.

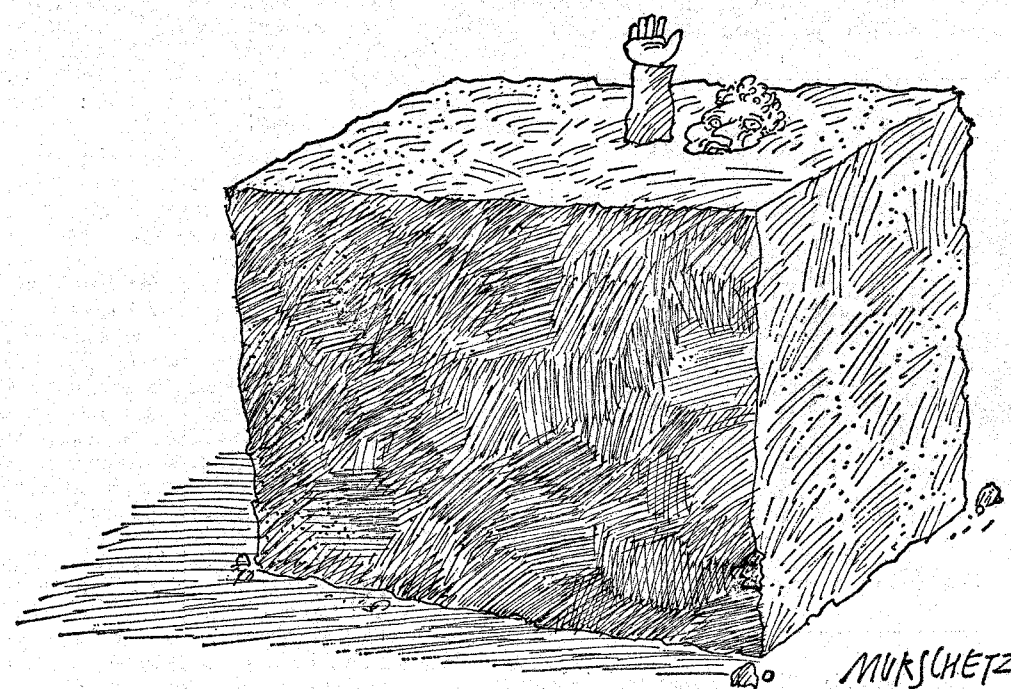
Europäer nur Statisten

Den Anlaß böte eine Neufassung der Resolution 242 des Weltfriedensrates, in der nach dem Nahostkrieg von 1967 der Rückzug israelischer Streitkräfte aus besetzten Gebieten und die Anerkennung der Existenz Israels in gesicherten Grenzen festgelegt, das Palästinenserproblem jedoch nur als „gerechte Regelung der Flüchtlingsfrage“ behandelt wurde. Arafat will jede neue Resolution unterstützen, die die Anerkennung Israels, gleichzeitig aber auch das Recht der Palästinenser auf Rückkehr und auf einen unabhängigen Staat enthält. Aber Carter weigert sich, diesen Maximalanspruch der Palästinenser zu erfüllen. Nach den gehänselnden Vorwürfen der Israelis wegen seiner Sondierungen bei der PLO hat er sich jüngst nicht nur gegen jedwede Form eines separaten Palästinenserstaates erklärt. Er ist sogar von dem früher von ihm benutzten Begriff des Heimatlandes, den auch die EG-Außenminister in ihren Erklärungen verwenden, wieder abgerückt.

Allerdings leiten die Israelis gerade in diesen Tagen aus dem Sonderverhältnis auch den Anspruch ab, die Deutschen müßten ihre jeweilige Politik unterstützen. Aber wie sollte ein pauschaler Verzicht auf Kritik ernsthaft zur Debatte stehen? Widerstreitende Urteile über die Tauglichkeit der Politik Israels zur Sicherung seiner staatlichen Existenz und Sicherheit sind, da in dieser Region auch vitale europäische Interessen auf dem Spiele stehen, ganz unvermeidbar, auch im Umgang der Bundesrepublik mit Israel. Jerusalem hat in dieser angespannten Situation, um seiner Enttäuschung einen besonders wirksamen Ausdruck zu verleihen, einen noch ausstehenden Besuch des Bundeskanzlers zum Maß aller Dinge erhoben und dadurch die Gegensätze in ein übergrünes Licht getaucht. Denn Helmut Schmidt wird der Einladung nicht mehr in diesem Jahr folgen. Auf welches Ausmaß an Meinungsverschiedenheiten dies auch hindeuten mag; in unserer Sicht mißachtet die Bonner Politik nicht die Imperative des deutsch-israelischen Sonderverhältnisses. Die Kritik des Kanzlers richtet sich auf ein Groß-Israel, für das Begin nicht nur in Bonn keine Unterstützung findet, sondern nirgendwo im Westen. Ein Kanzlerbesuch in Jerusalem könnte hieran nichts ändern, er wäre für niemanden hilfreich — nicht für Begin, nicht für Sadat und nicht für Carter.

Kein Turm in der Schlacht

Schmidts begriffliche Zurückhaltung würde freilich auch die Israelis wohl weniger verstimmeln, wenn sich Genscher nicht zur gleichen Zeit fortwährend auf Reisen befände — unlängst Besuche in vier arabischen Staaten, demnächst vier weitere Stippvisiten. Wer glaubt daran, daß dadurch ein einziger Tropfen Öl mehr in die Bundesrepublik flöße? Dennoch: Genschers goodwill-Reisen liegt keine anti-israelische Tendenz, sondern lediglich der Versuch zugrunde, bei den Gegnern des israelisch-ägyptischen Friedensschlusses Verständnis für das westliche Interesse an einer Befriedung der Nahost-Region zu wecken. Eine ähnliche diplomatische Arbeitsteilung innerhalb des Westens gab es auch nach der Ölkrise von 1973. Immerhin aber hat sich Genscher Anfang dieser Woche veranlaßt gesehen, die Gradlinigkeit der Bonner Nahostpolitik noch einmal zu bekräftigen. Gewiß geschah dies vor allem in eigener Sache gegenüber Israel und nicht bloß in der Absicht, die tatsächliche Bedeutung der Begegnung zwischen dem parlamentarischen Leichtgewicht Müllemann und dem PLO-Führer Arafat auf Null zu reduzieren — auf einen Privatbesuch ohne Geheimplan. Niemand wird die Vermittlung in Jerusalem nur bedauern und mit leichter Hand abtun wollen. Auf der anderen Seite: Bonn ist in der Nahostpolitik kein Turm in der Schlacht. Nicht einmal die Gesamtheit der in der EG vereinigten westeuropäischen Regierungen hat jemals eine durchschlagende Wirkung besessen, sei es nach dem Oktober-Krieg von 1973 und der darauffolgenden Ölkrise, sei es bei dem gegenwärtigen Versuch, den Stillstand im nahöstlichen Pazifi-



Ostblock mit Ceausescu

In eine neue Heimat

Von Kuala Lumpur nach Hamburg / Von Marion Gräfin Dönhoff

Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die ersten 90 der 274 vietnamesischen Flüchtlinge, die wir mit unserer Hilfsaktion nach Hamburg holen wollen, bereits in Kuala Lumpur in die Luftmasse-Maschine gestiegen. Etwa 150 weitere folgen 24 Stunden später. Der Aufbruch in die fremde Welt mit ungeahntem Schrecken und zagem Hoffen hat begonnen. Sie sind der Trostlosigkeit des Lagers entronnen — aber wird das, kann das, was jetzt kommt, sie mit neuer Hoffnung erfüllen? Da sind so viele Ungewissheiten. So viele Fragen, die niemand beantworten kann. Es muß ihnen sehr bang ums Herz sein. Da ist ja nicht nur die Ungewissheit des eigenen Schicksals, noch viel bedrückender ist es, nicht zu wissen, was aus den Nächsten geworden ist, die zurückblieben, weil das Geld, um die erpresserischen Gebühren zu zahlen, nicht für die ganze Familie reichte; oder weil jene in ein anderes Boot stiegen, das

versehen, oder ob das wichtigste ist, die ursprünglich vorgesehene Anzahl — also jene 274 Flüchtlinge — so lange zu betreuen und zu fördern, bis sie wirklich integriert sind. Einstweilen ist durch Sachzwang nur eine Teilfrage entschieden worden: Es schien unsinnig, den kostbaren Frachtraum der Bundeswehrmaschine nicht auszunutzen, die einen Tag später mit den restlichen 160 Flüchtlingen hier eintrifft und die sonst leer nach Kuala Lumpur geflogen wäre. Darum haben wir mit Hilfe des Roten Kreuzes für 150 000 Mark Medikamente eingekauft: Penicillintabletten, Wasserentkeimungsmittel, Vitamine, Tuberkulosemittel und Kinderernährung und diese nach Malaysia mitgeschickt. Nun wollen wir erst einmal abwarten, wie sich alles anläßt und dann weitere Entscheidungen treffen. Wir hatten nie geglaubt, daß wir je in die beglückende Verlegenheit kommen würden, über solche zusätzlichen Möglichkeiten nachdenken zu müssen. Aber Tag für Tag gehen neue Spenden ein, große Beträge von 10 000 Mark und mehr, Tausende von Hundertmarktscheinen werden geopfert, ebenso viele Fünffiger, und auch Beträge von zehn und fünf Mark. Eine kleine Arbeitsgruppe im Frauengefängnis von Mülheim hat, wie es in dem Begleitschreiben heißt, „in einer spontanen Spendenaktion nach Durchdiskutieren des Flüchtlingsdramas“ 30 Mark in Briefmarken gesammelt. 15 Unterschriften standen darunter. Insgesamt sind bisher eingegangen: 1,57 Millionen Mark.

Eine Bitte der technischen Betreuer: Oft sind die Absender und Unterschriften so unleserlich, daß keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden können — darum bitte deutlich schreiben! Und hier noch einmal die Konten: Deutsche Bank Hamburg: (BLZ 200 700 00) Konto-Nummer: 133 330 Stichwort: Vietnam SMH-Bank Hamburg: (BLZ 200 200 85) Konto-Nummer: 431 989

nie ankam und jedenfalls nicht dort ankam, wohin der Zufall diese verschlagen hatte. Da wird viel zu tun sein, um diese Asiaten so weit vorzubereiten, daß sie in die hiesige Gesellschaft und die Arbeitswelt integriert werden können. Das erste Jahr wird wohl mit Deutschlernen vergehen und damit, sich anzupassen an die veränderten Umstände und Sitten, das andere Klima, das ungewohnte Essen und damit sich umzustellen auf einen gefragten Beruf. Wir haben viel darüber nachgedacht, wie das Geld, das unsere Leser in so ungeahnt großzügiger Weise gestiftet haben, optimal eingesetzt werden kann. Ob wir mehr Flüchtlinge herholen sollen, oder ob es sinnvoller ist, die dort Verbliebenen mit Medikamenten und Kinderernährung zu

ZEIT Im Trippelschritt zur „Jahrhundertreform“ Margaret Thatcher will England vom „Sozialismus“ befreien. 100 Tage ist sie im Amt. Karl Heinz Wocker schildert ihren Anspruch, und was davon blieb. Rudolf Walter Leonhardt beschreibt die Stimmung auf der Insel. (Seite 9—10).

Unerbittliches Gesetz

Liberaler haben ein zwiespältiges Verhältnis zur Revolution: Der radikale Schnitt wird begrüßt, wo der Würgegriff der Tyrannei nicht mehr anders zu lösen ist. Aber die Revolution möge doch — bitte schön — dort anhalten, wo die alte Gewaltherrschaft nur durch eine neue ersetzt wird. Es ist ein hehrer Wunsch, der immer wieder an der revolutionären Praxis zerschellen muß. So auch im Iran. Enteignungen? Sie trafen nur jene, die jahrelang das Volk ausgeaugt hatten. Todesurteile im Schnell-„Verfahren“? Sie wurden doch an den Lakaien des Shah-Regimes vollstreckt, die zuvor gefoltert und gemordet hatten. Brutal manipulierte Wahlen zur Verfassungsverammlung? Der 3. August war eine schlimme Wende, aber nach 50 Jahren Diktatur braucht die Demokratie ihre Zeit...

Die Hoffnung der Gutgläubigen war umsonst: Die Revolution kennt wohl Gesetze, aber keine Grenzen. Sie muß sich weiterfressen, bis jegliche Gegenmacht erstickt ist — das ist ihr Hauptgesetz. Das just verkündete iranische Presse-„Recht“ darf also niemanden überraschen: Die Wahrheit ist eine fürchterliche Waffe, deshalb muß sie in den Händen der neuen Herrscher bleiben. Regimekritische Zeitungen sind bereits geschlossen, mißliebige Journalisten längst verhaftet worden. Die Auslandspresse hielt den letzten Spalt offen, auch dieser wird nun von den Mullahs verknagelt: Der Korrespondent ist nicht nur für seine eigenen Artikel verantwortlich, er muß auch strafrechtlich für „falsche und verdrehte Texte“ geradestehen, die das Heimatblatt ohne sein Zutun veröffentlicht. Der Journalist als Geisel: So weit ist weder der Shah noch ein Ostblock-Staat gegangen. Auch diese Revolution ist zur Tyrannei erstarrt, die den Keim der Gegengewalt in sich trägt.

Scherfs Rüpelei

Immerhin: Gegenüber Karl Carstens hat der Bremer Finanzsenator Henning Scherf seine rüde Attacke zurückgenommen. Aber gegenüber Richard Stücklen und Franz-Josef Strauß will er nichts abstreichen von seinem öffentlich geschilderten Alptraum, der ihm ein Dreigespann aus dem gegenwärtigen Staatsoberhaupt, dem Parlamentspräsidenten und einem möglichen Kanzler Strauß so erscheinen ließ, „als ob dieser Staat an eine Gang abgetreten“ wäre. Daß er das Wort „Gang“ nur dem Häfenjargon entliehen hat, wo es die Hand-in-Hand-Arbeit derjenigen meint, die Schiffe löschen und beladen — das wird der Senator dem Publikum nicht ernsthaft einreden wollen. Zu eindeutig ist der Tenor seines Satzes, als daß hier Bremer Schnack als Ausflucht dienen könnte.

Deshalb sollte er auch gegenüber Stücklen und Strauß zurückstecken, selbst wenn der Kanzlerkandidat, in anderem Zusammenhang, die gleiche Tonart anschlägt: etwa mit der Bemerkung, Egon Bahr habe die Lüge zum politischen Prinzip erhoben, wenn es darum gehe, die Wähler über die eigenen Absichten zu täuschen. Getäuscht werden die Wähler freilich auch auf eine ganz andere Weise. Denn hinter den verbalen Rüpelzenen drohen die Sachprobleme zu verschwinden, um die es in der Parteienkonkurrenz gehen sollte. Das müßte gerade einen Mann wie Scherf noch mehr bedrücken als der Alptraum, der ihn plagt. Im Grunde zeigt seine Formulierung die momentane Unsicherheit vieler Sozialdemokraten gegenüber dem Herausforderer Strauß an. Aber das ändert nichts daran, daß er sich in der Wortwahl völlig vergriffen hat. Dem Bremer Senator stünde darum eine mannhaft öffentliche Entschuldigung gut an, ebenso natürlich dem bayerischen Ministerpräsidenten. Wenn man sie von Strauß wohl nicht erwarten kann, von Scherf muß man sie erwarten können. Für viele hellhörige Wähler macht das den Unterschied aus.

DIESE WOCHE

Politik 1-8
Politische Woche 8
Dossier 9-10
Länderspiegel 11
Politisches Buch 12
Themen der Zeit 13
Wirtschaft 15-22
Leserbriefe 21
Berufe 23-28
Feuilleton 29-33
Impressum 21, 33
Theaterspielpläne 34
Literatur 34-35
Kritik und Information 36
Reise 39-41
Wissenschaft 42
Modernes Leben 37-38, 43-44

4 Der „Volksfeind“ ist das Volk
Andreas Kohlschütter berichtet aus Afghanistan
15 Das Ende eines Alleingangs
Blüthmann/Böhseneker: Max Grundig lehnt sich bei Philips an
29 Ich bin ein Antistar
Helmut Schödel porträtiert den homosexuellen Filmemacher Rosa von Praunheim
39 Der Anzug wird zu eng
Wolfgang Ebert: Eßerlebnisse auf einer Kreuzfahrt
magazin Galopp, Galopp
Ein Sport für wenige, ein Spaß für viele: Just zu der Zeit, da Pferderennen immer populärer werden, ist dieses Volksvergnügen vom Fiskus bedroht. Hans Rohan berichtet